

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen**Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West**

In der Gemeinsamen Kabinettsitzung am 4. Juni 2002 haben die Landesregierungen Niedersachsen und Bremen beschlossen, „eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zur Strukturpolitik in der Nord-West-Region zu erarbeiten, die die derzeitigen Handlungsansätze bündelt und Grundlage einer strukturpolitischen Gesamtoffensive werden kann.“

In der Gemeinsamen Kabinettsitzung am 11. November 2003 fassten die Landesregierungen beider Länder den Beschluss, „die Handlungsschritte zur Stärkung dieser Region weiter zu konkretisieren und einzelne Projekte in diesem Sinne zu initiieren, und vorhandene Ansätze zu verstärken.“

Für die Umsetzung dieses Beschlusses sollen

- die Abstimmung und gegebenenfalls gemeinsame Förderung von wirtschaftspolitischen Programmen/Projekten/Foren,
- die Umsetzung der im Bundesverkehrswegeplan vorgezeichneten Verkehrsprojekte,
- die Aktivierung des Wissenschafts- und Transferpotentials,
- der Ausbau der Tourismusregion Nord-West,
- die Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik

im Vordergrund stehen.

Der Parlamentarische Beirat der Regionalen Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen und die regionalen Gebietskörperschaften haben die Erarbeitung der Entwicklungsstrategie von Beginn an begrüßt.

Die Entwicklungsstrategie wurde vor nunmehr zwei Jahren in Auftrag gegeben. Damit müssen Stärken und Schwächen sowie Erfolge und Aufgaben einer ersten Überprüfung unterzogen werden.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Ziele verfolgt die „Gemeinsame Entwicklungsstrategie Nord-West“? Welche Schlüsselprojekte werden aktuell verfolgt in den Bereichen
 - regelmäßige Koordinierungsgespräche auf Ressortebene der Länder,
 - Wirtschaftsforen,
 - Wachstumsregion Bremen–Niedersachsen?

Wie engagieren sich die Länder bei der Umsetzung?

2. Hält der Senat es für sinnvoll, die großräumigen Organisationen im Nordwesten, die Regionale Innovationsstrategie Weser-Ems und die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen, enger miteinander zu verzahnen? Wenn ja, in welcher Weise sollte dies geschehen?

3. Wie wird nach der Auflösung der niedersächsischen Bezirksregierungen die Verantwortung für die Zusammenarbeit in der Nachbarschaft zu Bremen geregelt sein? Welche Rolle werden die Regierungsvertretungen zur Stärkung und für den Zusammenhalt der Nord-West-Region einnehmen?
4. Wie bewertet der Senat die Regionalisierung der Gemeinsamen Landesplanung in Form der RAG? Wie ist der Senat in die Arbeit der RAG eingebunden?
5. In welchem Verhältnis stehen die Aufgaben und Projekte der RAG zu den kleinräumigeren Ansätzen des Kommunalverbundes, wie z. B. dem Interkommunalen Raumstrukturkonzept Region Bremen (intra)?
6. Worin bestehen die gemeinsamen Strategien der für Tourismus zuständigen Landesressorts im Bereich Tourismus für den Nordwesten?
7. Wie bewertet der Senat die Zusammenarbeit zwischen der Bremer Touristik Zentrale und der Tourismusmarketing Niedersachsen im Hinblick auf den Ausbau der Tourismusregion Nord-West?
8. In welcher Weise setzt sich der Senat für eine Abstimmung der angekündigten Fortschreibung des niedersächsischen Landesraumordnungsprogramms mit der Region Bremen und dem Nordwesten ein? In welcher Weise ist eine kontinuierliche Abstimmung der bremischen Raumordnungspolitik mit Niedersachsen gewährleistet?
9. Wie verhält sich der Senat zur bundesweiten Debatte über „Metropolregionen“? Welche Rolle spielt dabei der Nordwesten?
10. Welche Chancen sieht der Senat für die Region Nord-West angesichts der Herausbildung der Metropolregionen um Hamburg einerseits und um Hannover/Göttingen/Braunschweig andererseits, und welche Schritte will der Senat ergreifen, damit sich der Nordwesten vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen konkurrenzfähig aufstellen kann?
11. Welche Aufgaben und Möglichkeiten sieht der Senat angesichts dieser skizzierten Entwicklungen für den Parlamentarischen Beirat der RAG?

Dr. Carsten Sieling, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD

Dieter Focke, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU

Karin Krusche, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen